S 24 RJ 1503/98

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 16 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 24 RJ 1503/98 Datum 24.09.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 RJ 117/99 Datum 28.02.2003

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 24. September 1999 wird zurÃ⅓ckgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten sind auch fÃ⅓r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die WeitergewĤhrung von Versichertenrente wegen ErwerbsunfĤhigkeit (EU) fļr die Zeit ab 1. April 1998.

Der 1953 geborene KlĤger hatte keine Berufsausbildung absolviert. Er verrichtete TĤtigkeiten im StraÄ∏enbau, und zwar zuletzt vom 1. Juli 1988 bis 30. April 1994 als StraÄ∏enbauer, vom 2. Mai 1994 bis 18. Mai 1994 als Strassenbau-Vorarbeiter, vom 6. Juni bis 9. Juni 1994 als Asphaltspachtler und vom 14. Juni 1994 bis 16. MĤrz 1995 als Spachtler bei der M H & Co T- und St in B. Seit dem 11. Dezember 1995 bezog der KlĤger Leistungen vom Arbeitsamt, und zwar Arbeitslosengeld bis zum 31. Dezember 1996 und vom 1. April 1998 bis 6. September 1998 (AnspruchserschĶpfung) sowie Anschluss-Arbeitslosenhilfe seit 7. September 1998.

Bei dem Kläger ist ein Grad der Behinderung (GdB) von 40 anerkannt auf Grund folgender Leiden: degenerative Veränderungen der Wirbelsäule, rezidivierende Wurzelreizungen, Bandscheibenprotrusion L5/S1, Verlust der Gallenblase, rezidivierende Gastroduodenitis, Leberparenchymschaden, Angina pectoris mit Neigung zu Herzrhythmusstörungen, Schulter-Arm-Syndrom, beidseitiger KniegelenksverschleiÃ□ (Bescheid des Versorgungsamtes Berlin vom 25. Juni 1998).

Auf Grund eines im Dezember 1995 gestellten Antrages auf Gewährung von Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit hatte die Beklagte dem Kläger nach dessen Untersuchung und Begutachtung durch den Arzt für Chirurgie und Sozialmedizin G (Gutachten vom 21. Februar 1996) und die Ã□rztin für Innere Medizin und Rheumatologie R (Gutachten vom 27. März 1996) Rente wegen EU für die Zeit vom 1. Dezember 1995 bis 31. März 1998 gewährt (Bescheid vom 1. November 1996).

Mit seinem WeitergewĤhrungsantrag legte der KlĤger Unterlagen seiner behandelnden Ä∏rzte vor, und zwar einen computertomografischen Befund der LendenwirbelsĤule vom 8. September 1997, echokardiografische Befunde von Dr. St-B vom 16. September 1997 und 11. Dezember 1997 und ein Attest von dem Arzt fļr Allgemeinmedizin Dr. S vom 23. Januar 1998. Die Beklagte lieÄ∏ den KlĤger durch die Ä∏rztin fļr Innere Medizin und Sozialmedizin Dr. R-Sch untersuchen und begutachten. Diese Ä∏rztin bescheinigte dem KlĤger in ihrem Gutachten vom 20. Februar 1998 noch ein vollschichtiges LeistungsvermĶgen fļr leichte Arbeiten im Sitzen mit qualitativen LeistungseinschrĤnkungen (HerzrhythmusstĶrungen, EKG mit Linksschenkelblock, LendenwirbelsĤulensyndrom). Mit Bescheid vom 4. MĤrz 1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Juni 1998 lehnte die Beklagte den Antrag auf WeitergewĤhrung von Rente wegen EU bzw. BerufsunfĤhigkeit (BU) ļber den 31. MĤrz 1998 hinaus ab. Es liege nach diesem Zeitpunkt weder BU noch EU vor.

Im Klageverfahren hat das Sozialgericht (SG) Berlin eine Befundbericht von Dr. S vom 18. November 1998 erstatten lassen. Das SG hat den Praktischen Arzt und Dipl.-Psychologen B als SachverstĤndigen mit der Erstattung eines Gutachtens beauftragt. Dieser Arzt hat in seinem Gutachten vom 30. April 1999 bei dem KlĤger die folgenden Diagnosen mitgeteilt: VerschleiÄ□erscheinungen der LendenwirbelsĤule, HerzrhythmusstĶrungen mit Linksschenkelblock, Magenleiden, Agoraphobie. Der KlĤger kann nach Auffassung von dem Arzt Brandt noch vollschichtig und tĤglich regelmĤÄ□ig kĶrperlich leichte Arbeiten im Wechsel der Haltungsarten â□□ unter Beachtung der dargelegten qualitativen LeistungseinschrĤnkungen â□□ verrichten. Die festgestellten Leiden wirkten sich nicht aus auf die Auffassungsgabe, die Lern- und MerkfĤhigkeit, das GedĤchtnis, die Konzentrations-, Entschluss-, Verantwortungs-, Kontakt-, Anpassungs- und UmstellungsfĤhigkeit. Besonderheiten fýr den Weg zur Arbeitsstelle seien nicht zu berýcksichtigen.

Mit Urteil vom 24. September 1999 hat das SG die auf GewĤhrung von Rente wegen EU über März 1998 hinaus gerichtete Klage abgewiesen. Zur Begründung ist ausgeführt: Die Klage sei nicht begründet. EU liege nicht vor,

weil der Kläger nach dem vorliegenden Gutachten noch über ein vollschichtiges Leistungsvermögen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verfüge.

Mit der Berufung verfolgt der Kläger sein Begehren weiter. Er trägt vor: Die Leistungsbeurteilung des Sachverständigen B sei unzutreffend und beruhe auf veralteten Befunden. Der Kläger legt computertomographische Befunde der Halsund Lendenwirbelsäule vom 11. Oktober 1999 (Radiologe H), einen Sonographiebericht von dem Internisten Dr. St vom 2. Dezember 1999 und einen Untersuchungsbefund über eine Ã□sophago-Gastro-Duodenoskopie vom 6. Dezember 1999 (Internist Dr. B; Ulcusduodenie) vor.

Aus dem Vorbringen des Klägers, der die Gewährung von BU-Rente ausdrýcklich nicht geltend macht, ergibt sich der Antrag,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 24. September 1999 aufzuheben und den Bescheid der Beklagten vom 4. MĤrz 1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Juni 1998 zu Ĥndern und die Beklagte zu verurteilen, ihm fļr die Zeit ab 1. April 1998 Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hÃxlt den KlÃxger nach wie vor nicht mehr für erwerbsunfÃxhig.

Der Senat hat im Berufungsverfahren nochmals einen Befundbericht von Dr. S vom 23. Juni 2000 erstatten lassen. ArbeitsamtsÃxrztliche Gutachten vom 4. August 1998 (̸rztin L) und 11. Juni 2001 (Dr. Sch) sind beigezogen worden. Der Senat hat den Facharzt fýr Orthopädie, Rheumatologie, physikalische und rehabilitative Medizin sowie Sozial- und Betriebs-medizin Dr. B-T als SachverstĤndigen eingesetzt. Dieser Arzt hat in seinem Gutachten vom 23. November 2001 bei dem KlĤger auf orthopĤdischem Fachgebiet folgende Leiden diagnostiziert: chronisches Lumbalsyndrom bei Spondylose und Spondylarthrose im Sinne einer Osteochondrose der LendenwirbelsÄxule, insbesondere der unteren Bewegungssegmente, rezidivierendes Dorsalsyndrom bei Spondylose, rezidivierendes Cervicalsyndrom bei Spondylose und Spondylarthrose der mittleren Bewegungssegmente, Senk-Spreizf $\tilde{A}^{1}/_{4}\tilde{A}$ | beidseits, Arthralgie beider Kniegelenke. Der KlĤger könne noch täglich regelmäÃ∏ig und vollschichtig körperlich leichte bis mittelschwere Arbeiten unter Beachtung der dargelegten qualitativen LeistungseinschrĤnkungen im Wechsel der Haltungsarten verrichten. Aus allgemeinÄxrztlicher Sicht sei eine nervliche, geistige oder seelische Erkrankung des KlAxgers nicht festzustellen. Die Anpassungs- und UmstellungsfAxhigkeit des KIägers sei nicht beeinträchtigt. Besonderheiten fýr den Weg zur Arbeitsstelle seien nicht zu berÃ1/4cksichtigen.

Nachdem der Kl\tilde{A}\tilde{x}ger wegen einer am 31. M\tilde{A}\tilde{x}rz 2002 erlittenen Sprunggelenksluxationsfraktur rechts mit hoher Weber-C-Fraktur bis 19. April 2002 station\tilde{A}\tilde{x}r behandelt worden war (Entlassungsbericht der Kliniken U und Bad B GmbH vom 19. April 2002), hat der Senat einen Befundbericht von dem Allgemeinmediziner Dr. V vom 15. August 2002 und â nach erneuter Untersuchung des Kläzgers â ein ergänzendes Gutachten von Dr. BT vom 16. Oktober 2002 erstatten lassen. Auf dieses Gutachten wird Bezug genommen.

Wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten wird auf die zum Verfahren eingereichten SchriftsÄxtze nebst Anlagen, wegen der medizinischen Feststellungen auf die zum Verfahren eingeholten Befundberichte und die SachverstÄxndigengutachten von dem Arzt B und Dr. B-T Bezug genommen.

Die Akte des Versorgungsamtes Berlin, die Leistungsakten des Arbeitsamtes R (2 Bände), die Verwaltungsakten der Beklagten (Rehabilitations- und Rentenakte), die Akte des SG S 69 U 443/00 und die Gerichtsakten (2 Bände) haben vorgelegen und sind Gegenstand der mýndlichen Verhandlung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des KlĤgers, mit der dieser (nur) die WeitergewĤhrung von Rente wegen EU ab 1. April 1998 geltend macht, ist nicht begrļndet.

Der Kl \tilde{A} ¤ger hat gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Gew \tilde{A} ¤hrung von Rente wegen EU f \tilde{A} ¼r die Zeit ab 1. April 1998. Denn er war und ist seither nicht erwerbsunf \tilde{A} ¤hig.

Der von dem Kläger erhobene Anspruch bestimmt sich noch nach § 44 Sozialgesetzbuch â∏ Gesetzliche Rentenversicherung â∏ (SGB VI) in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung (im Folgenden ohne Zusatz zitiert), weil der Kläger seinen Weitergewährungsantrag im Dezember 1997 gestellt hat und Rente wegen EU (auch) für Zeiträume vor dem 1. Januar 2001 geltend macht (vgl. § 300 Abs. 2 SGB VI).

Die Vorschrift des § 44 SGB VI setzt zunächst die Erfüllung der allgemeinen Wartezeit (vgl. §Â§ 50 Abs. 1, 51 Abs. 1 SGB VI) sowie das Vorhandensein von drei Jahren mit Pflichtbeiträgen für eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der EU voraus (vgl. § 44 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 und 3 SGB VI). Darüber hinaus muss EU vorliegen (vgl. § 44 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI).

ErwerbsunfĤhig sind gemĤÃ∏ <u>§ 44 Abs. 2 Satz 1 SGB VI</u> Versicherte, die wegen Erkrankung oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÃ∏er Stande sind, eine Erwerbstätigkeit in gewisser RegelmäÃ∏igkeit auszuýben oder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zu erzielen, das monatlich 630,00 DM bzw. den entsprechenden Gegenwert in Euro übersteigt. Erwerbsunfähig ist nicht, wer eine Tätigkeit vollschichtig ausüben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berücksichtigen (vgl. <u>§ 44 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SGB VI</u>).

In dem vorliegend zu prüfenden Zeitraum ab 1. April 1998 war und ist der Kläger

nicht erwerbsunfĤhig im Sinne des <u>§ 44 Abs. 2 Satz 1 SGB VI</u>. Denn er verfĽgt noch þber ein vollschichtiges RestleistungsvermĶgen für leichte kĶrperliche und seinem Ausbildungsniveau entsprechende geistige Arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, mit dem er regelmäÃ∏ig einer achtstündigen Erwerbstätigkeit nachgehen und damit auf dem Arbeitsmarkt ein monatliches Einkommen von mehr als 630,00 DM bzw. den entsprechenden Gegenwert in Euro erzielen kann. BezÃ⅓glich der Beurteilung des Restleistungsvermögens des Klägers folgt der Senat den vorliegenden Sachverständigengutachten von dem Arzt B und von Dr. B-T. Deren Gutachten kommentieren eine sorgfältige Meinungsbildung nach umfassender Befunderhebung und Untersuchung, und die darin abgegebenen Leistungsbeurteilungen sind schlüssig und nachvollziehbar aus den getroffenen medizinischen Feststellungen hergeleitet.

Sämtliche im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gehörten Gutachter bzw. Gerichtssachverständigen haben dem Kläger übereinstimmend noch ein vollschichtiges Restleistungsvermögen für körperlich leichte Tätigkeiten mit bestimmten weiteren qualitativen Leistungseinschränkungen bescheinigt, und zwar durchgehend seit dem 1. April 1998. Zur Ã \Box berzeugung des Senats war und ist der Kläger damit noch in der Lage, körperlich leichte Tätigkeiten überwiegend im Sitzen unter Ausschluss von Witterungseinflþssen, Nacht- (Dr. B-T) und Wechselschichten (Arzt B), ohne Arbeiten auf Leitern und Gerüsten, $A\Box$ berkopfarbeiten und ohne einseitige kA¶rperliche Belastungen vollschichtig zu verrichten. Er kann dabei Lasten bis 10 kg heben und tragen und bei vorhandener Anpassungs- und UmstellungsfA¤higkeit seinem Bildungsniveau entsprechende einfache geistige Arbeiten noch ausfA¾hren.

Durchgreifende Einwendungen gegen die insbesondere zuletzt von Dr. B-T eingeholten SachverstĤndigengutachten, deren Beurteilung sich mit dem arbeitsamtsĤrztlichen Gutachten vom 11. Juni 2001 deckt, hat der KlĤger nicht vorgebracht. Solche Einwendungen sind auch im Ä□brigen nicht ersichtlich. Inhaltliche Beanstandungen der von Dr. B-T getroffenen medizinischen Feststellungen lassen sich dem Schreiben des KlĤgers vom 11. Januar 2002 nicht entnehmen. Auf das weitere Gutachten von Dr. B-T vom 16. Oktober 2002 hat sich der im Termin zur mļndlichen Verhandlung nicht erschienene KlĤger nicht geĤuÄ□ert. Konkrete und nachvollziehbare Anhaltspunkte dafļr, dass die Gerichtsgutachter ihre fachliche Beurteilungskompetenz falsch eingeschĤtzt oder ļberschritten haben kĶnnten, haben sich auch im Ä□brigen nicht ergeben. Vielmehr haben sowohl der Arzt B als auch Dr. B-T ihre Leistungsbeurteilungen nachvollziehbar und einsichtig und damit ļberzeugend begrļndet. Der Antrag des KlĤgers, den Arzt B wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen, ist mit Beschluss des Senats vom 18. Dezember 2000 zurļckgewiesen worden.

Es bestand auch keine Veranlassung, von Amts wegen (vgl. <u>ŧ 103</u> Sozialgerichtsgesetz -SGG-) eine weitere Begutachtung des KlĤgers anzuordnen. Denn sein RestleistungsvermĶgen ist durch die auf allgemeinmedizinischem und orthopĤdisch-rheumatologischem Fachgebiet eingeholten Gutachten ausreichend geklĤrt. Insbesondere war im Hinblick auf den Befundbericht von Dr. S vom 23. Juni 2000 und dessen Hinweis auf ein zwischenzeitlich chronifiziertes depressives

Syndrom des Klägers die Einholung eines neurologisch-psychiatrischen Sachverständigengutachtens nicht angezeigt. Zum einen befindet sich der Kläger nicht in entsprechender fachärztlicher Behandlung und hat diesbezýglich im Verlauf des sozialgerichtlichen Verfahrens Beschwerden auch nicht geltend gemacht. Zum anderen hat der Sachverständige Dr. B-T seine zunächst abgegebene Empfehlung, ein ergänzendes psychiatrisches Gutachten einzuholen, in seinem Zweitgutachten vom 16. Oktober 2002 nicht aufrechterhalten. Dort hat der Gutachter â \square wie bereits der Arzt B â \square bei dem Kläger einen unauffälligen psychischen Befund erhoben. Auch im Ã \square brigen liegen aussagekräftige ärztliche Unterlagen ýber ein psychisches Leiden des Klägers nicht vor.

Das vollschichtige RestleistungsvermĶgen des KlĤgers ist nach den von den SachverstĤndigen festgestellten qualitativen LeistungseinschrĤnkungen auch nicht derart eingeschrĤnkt, dass es einem Arbeitseinsatz des KlĤgers auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unter betriebsüblichen Bedingungen entgegenstünde. Es liegen zwar bei dem KlĤger LeistungseinschrĤnkungen vor, die teilweise über den Rahmen dessen hinausgehen, was inhaltlich vom Begriff der körperlich leichten TÄxtigkeiten umfasst wird. Dies gilt besonders hinsichtlich der Notwendigkeit der Vermeidung bestimmter äuÃ∏erer Einwirkungen (z.B. Witterungseinflüsse; vgl. BSG, Urteil vom 11. Mai 1999 -B 13 RI 71/97 R- nicht verĶffentlicht). Es besteht aber weder eine spezifische Leistungsbehinderung, noch liegt eine Summierung ungewĶhnlicher LeistungseinschrĤnkungen vor (vgl. BSG, Urteil vom 18. Februar 1998 -B 5/4 RA 58/97 R- nicht verĶffentlicht). In ihrer Mehrzahl sind die festgestellten qualitativen LeistungseinschrĤnkungen nĤmlich einzuengen. Die bei dem Kläger vorliegenden Leistungseinschränkungen â∏ Arbeiten ohne extreme klimatische Bedingungen, ohne einseitige kA¶rperliche Belas-tungen und ̸berkopfarbeiten, ohne Arbeiten auf Leitern und Gerüsten und jedenfalls nicht in Nachtschicht â∏∏ zählen nicht zu den ungewöhnlichen LeistungseinschrĤnkungen und schon gar nicht zu den schweren spezifischen Leistungs-behinderungen (vgl. dazu die auf die Vorlagebeschlļsse des 13. Senats ergangenen Beschlüsse des GroÃ∏en Senats des BSG vom 19. Dezember 1996 -GS 1-4/95-, GS 2/95- = SozR 3-2600 § 44 Nr. 8). Auch besondere Schwierigkeiten des KIägers hinsichtlich der Gewöhnung und Anpassung an einen neuen Arbeitsplatz, die eine spezifische schwere Leistungsbehinderung darstellen könnten (vgl. BSG SozR 2200 § 1246 Nrn. 104, 117), sind nicht ersichtlich. Nach der Leistungsbeurteilung der SachverstĤndigen ist der KlĤger in der Lage, seinem Schul- und Ausbildungsniveau entsprechende einfache geistige Arbeiten zu verrichten.

Im Ã□brigen konnte und kann der Kläger mit dem ihm verbliebenen Leistungsvermögen noch leichte Býrotätigkeiten verrichten, wie sie in der Tarifgruppe X des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) erfasst sind. Das gleiche gilt fÃ⅓r leichte Sortier- und Verpackungstätigkeiten. Im Hinblick darauf, dass nach der Leistungsbeurteilung von dem Arzt B und von Dr. B-T keine wesentlichen Beeinträchtigungen bezÃ⅓glich der Anpassungs- und Umstellungsfähigkeit fÃ⅓r einfache geistige Arbeiten anzunehmen sind, kann der Kläger auch derart einfache BÃ⅓rotätigkeiten, wie sie mit der Tarifgruppe X BAT tariflich vergÃ⅓tet werden,

nach einer Zeit der Einarbeitung bis zu drei Monaten vollwertig verrichten, ebenso wie die genannten leichten Sortier- und VerpackungstÄxtigkeiten.

Da nach dem Gesamtergebnis des Verfahrens eine Summierung ungewĶhnlicher LeistungseinschrĤnkungen oder eine spezifische schwere Leistungsbehin-derung nicht vorliegen, war die konkrete Bezeichnung einer VerweisungstĤtigkeit nicht erforderlich. FĹ⁄₄r den KlĤger in Betracht kommende TĤtigkeitsfelder sind bereits aufgezeigt worden.

Der Kläger ist auch nicht etwa deshalb erwerbsunfäghig, weil seine Wegefähigkeit eingeschränkt wäre. Zwar gehört die ausreichende Fähigkeit, ArbeitsplÄxtze aufzusuchen, zur ErwerbsfÄxhigkeit. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung, die nur noch FuÃ⊓wege bis zu 500 m Länge zulässt, reicht in der Regel nicht aus, um einen Arbeitsplatz zu erreichen (vgl. BSG, Urteil vom 21. Februar 1989 - 5 RI 61/88 - = SozR 2200 § 1247 Nr. 56). EinschrĤnkungen der Wegefähigkeit im dargelegten Sinne sind vorliegend jedoch nicht festzustellen gewesen. Zwar hat Dr. B-T in seinem nach der im MĤrz 2002 erlittenen Sprunggelenksluxationsfraktur des KlĤgers erstellten Gutachten vom 16. Oktober 2002 darauf hingewiesen, dass der KlĤger tĤgliche Anmarschwege von und zur Arbeitsstelle bis zu 500 m zurücklegen kann. Er hat aber zugleich klargestellt, dass der KlAzger lediglich KontrollgAznge ab einer LAznge von 2.000 m nicht mehr zurücklegen könne. Bei seitengleicher FuÃ∏sohlenbeschwielung und einem noch zufriedenstellenden Abrollvorgang des rechten Fu̸es mit angepasstem Schuhwerk ist damit von einer noch ausreichenden WegefĤhigkeit des KlĤgers auszugehen. EU liegt diesbezüglich auch deshalb nicht vor, weil der Kläger ein Kraftfahrzeug besitzt und dieses auch selbst benutzt und daher mit Hilfe dieses Kraftfahrzeuges einen Arbeitsplatz erreichen kann.

Darauf, ob der KlĤger einen seinem verbliebenen LeistungsvermĶgen entsprechenden Arbeitsplatz tatsĤchlich erhĤlt, kommt es nicht an. Denn die jeweilige Arbeitsmarktlage, die für leistungsgeminderte Arbeitnehmer, wie den KlĤger, derzeit kaum entsprechende Arbeitsplatzangebote zur Verfügung stellt, ist für die Feststellung von EU â∏ wie der Gesetzgeber ausdrücklich klargestellt hatte â∏ unerheblich (vgl. § 44 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 2. Halbsatz SGB VI). Auch nach dem ab dem 1. Januar 2001 geltenden Recht ergibt sich kein Rechtsanspruch des Klägers auf Erwerbsminderungsrente, weil die nunmehr geltenden Rechtsvorschriften noch weitergehendere Leistungsvoraussetzungen normieren als das bisherige Erwerbsminderungsrentenrecht (vgl. §Â§ 43, 240 SGB VI in der ab 1. Januar 2001 geltenden Fassung des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vom 22. Dezember 2000 â∏ BGBI. I S. 1827-).

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r eine Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nrn}}{100}$. 1 oder 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 07.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024